

Presseschau vom 19.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, luginfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Abends / nachts::

de.sputniknews.com: Vergiftet über Autolüftungssystem? – Neue Version im Fall Skripal Der Ex-Oberst der Militäraufklärung Russlands (GRU) könnte über das Lüftungssystem seines Autos vergiftet worden sein. Dies meldet der US-TV-Sender "ABC" am Sonntag unter Verweis auf eine eigene Quelle.

"ABC" zufolge hat die Polizei bereits ein deutliches Bild davon, was sich am Tag der Vergiftung ereignet hatte.

Wie der TV-Sender berichtet, ist ein Giftstoff in Form von Pulver verwendet worden. Zuvor war bekannt geworden, dass die Ergebnisse der Untersuchung des Stoffes, mit dem der Ex-Oberst der GRU Sergej Skripal vergiftet wurde, frühestens in zwei Wochen vorgelegt werden können.

de.sputniknews.com: Spanischer Wahlbeobachter: Russlands Demokratie ist wie in den westlichen Ländern

Der spanische Wahlbeobachter Pedro Mourino hat am Sonntag das Abstimmungsverfahren in den Wahllokalen in Moskau als "sehr gut" bezeichnet. In Russland gibt es laut Mourino eine ebensolche Demokratie wie in Spanien, Frankreich oder jedem anderen westlichen Land. Mithilfe von elektronischen Geräten bekomme man über die meisten Wahllokale einen Überblick, zumal bereits bei der vorangegangenen Präsidentschaftswahl ein Videoüberwachungssystem eingeführt worden sei, sagte Mourino zu Sputnik. Er wies zudem auf das neue elektronische System für Stimmenabgabe und

Stimmenauszählung hin, welches Automatisierung und Transparenz des Wahlverfahrens im Wesentlichen garantiere.

Zudem verwies der Beobachter auf die hohe Wahlbeteiligung. Das sei ein gutes Zeichen, besonders wenn man bedenke, dass bei einem "klaren Sieger" die Wahlbeteiligung in der Regel sinke. Dies sei bei dieser Präsidentschaftswahl jedoch nicht der Fall.

Das sei nicht die erste Wahl in Russland, die er beobachtet habe, so Mourino weiter. Er habe auch die russische Präsidentschaftswahl 2012 sowie Parlaments- und Regionalwahlen beobachtet. Das Wahlverfahren in Russland entspreche "mehr oder weniger den internationalen Standards". "In Russland gibt es eine ebensolche Demokratie wie in Spanien, Frankreich und jedem anderen westlichen Land", so der Wahlbeobachter weiter. Angesprochen auf die hohe Zahl der internationalen Wahlbeobachter in Russland (rund 1500)

sagte Maurino, die Entwicklung in Russland würde immer mit großem Interesse verfolgt, weil das eines der wichtigsten Länder der Welt sei und eine der Mächte, die das "Weltklima" bestimmten. "Deshalb ist das, was in Russland passiert, nicht nur für die russischen Bürger, sondern auch für die europäischen Nachbarn interessant."

de.sputniknews.com: Saakaschwili verspricht Krim "zurückzugewinnen" Der georgische Ex-Präsident und ehemalige Gouverneur der Schwarzmeerregion Odessa Michail Saakaschwili hat den Ukrainern versprochen, die "Krim zurückzuholen". Dies meldet der ukrainische TV-Sender "NewsOne" am Sonntag.

Saakaschwili wandte sich während eines Meetings für den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko per Funkverbindung über Lautsprecher an seine Anhänger. "Ich grüße Sie, Kiew! Wir haben uns den Maidan zurückgeholt, wir werden uns auch die Krim zurückholen", verkündete der Politiker.

Als er mit diesem Motto den Manifestanten neue Hoffnung einhauchte, rief er sie dazu auf, Aktionen einer "direkten Handlung" und eines "Volkszorns" gegen Kiew zu starten. Ihm zufolge sollen die Ukrainer den "Regime-Anhängern" einen Widerstand und "einen unter den Füßen brennenden Boden" zeigen.

Zuvor hatten die Sympathisanten des Ex-Gouverneurs des Gebietes Odessa eine Protestaktion mit der Forderung des Rücktritts des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko durchgeführt....



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31865/11/318651155.jpg

de.sputniknews.com: Russische Präsidentschaftswahlen: Krim zeigt beeindruckende Zustimmung für Putin

Russland hat gewählt, die ersten vorläufigen Ergebnisse aus den sogenannten Exit Polls sind bereits verfügbar und zeigen einen überwältigenden Sieg des amtierenden russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Schwarzmeer-Halbinsel Krim und die Krim-Stadt Sewastopol haben dabei eine beeindruckende Unterstützung für den aktuellen Staatschef gezeigt.

Nach den letzten Ergebnissen aus den Exit Polls auf der Schwarzmeerinsel haben 91,7 Prozent der Krim-Bewohner und 92 Prozent in der Krim-Stadt Sewastopol für Wladimir Putin gestimmt.

Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der regionalen Wahlkommission bei rund 64 Prozent. Sowohl nach der Zustimmung für Putin als auch nach der Wahlbeteiligung haben die Krim-Bewohner damit sogar eine deutlich größere Unterstützung für den aktuellen politischen Kurs Russlands demonstriert als der "Kontinentalteil" des Landes und auch – heute genau zum vierten Jahrestag der Wiedervereinigung mit der Russische Föderation – ihre ungebrochene Zustimmung für die Vereinigung bestätigt.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31997/68/319976885.jpg

vormittags:

ukrinform.ua: Poroschenko: "Nichtsnutzige Wahlen" zum russischen Präsidenten auf der Krim sind eine Farce

Die durch russische Behörden bekanntgegebenen Angaben über die Beteiligung der Krimer und die Abstimmungsergebnisse bei den so genannten Präsidentschaftswahlen der Russischen Föderation entsprechen nicht der Realität und seien gefälscht, sagte der Präsident Petro Poroschenko in einer Videobotschaft, die sein Sprecher Swjatoslaw Zeholko in Facebook veröffentlichte.

"Weder die festgestellte "Beteiligung" noch das gezeichnete Ergebnis entsprechen der realen Aktivität der Bewohner der Halbinsel. Bekanntgegebene offizielle "Daten" sind nichts

anderes als eine Fälschung. Wie man mit einer berühmten russischen Redewendung sagt – "Geschreibsel". Sie wird der Kreml jetzt in dem Hybridinformationskrieg einsetzen, den er nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen die ganze Welt führt", sagte Poroschenko und fügte hinzu, dass die Ergebnisse der Abstimmung "nichtsnutzig" sind und keine Rechtsfolgen haben werden.

Er dankte den Einwohnern der Krim, die sich an dieser Farce nicht beteiligt haben, trotz des schweren Drucks.

de.sputniknews.com: **Mehrheit der Deutschen wünscht sich besseres Verhältnis mit Russland – Umfrage**

Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine Annäherung an Russland. 58 Prozent der Befragten haben sich für ein besseres Verhältnis zu Moskau ausgesprochen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage der Zeitung "Die Welt" hervor.

26 Prozent der Befragten wollen mehr Distanz. 14 Prozent der Bürger sind mit dem bisherigen Kurs der Bundesregierung zufrieden, hieß es.

Dabei verweist die Zeitung darauf, dass das Verhältnis zu Russland derzeit schwierig ist, nachdem sich Deutschland im Streit über den Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal hinter Großbritannien gestellt hat. London wirft dem Präsidenten Wladimir Putin vor, Drahtzieher des Attentats zu sein. Moskau kritisiert alle Anschuldigungen als politische Kampagne und Provokation....

Ukrinform.ua: Klimkin bespricht mit europäischen Kollegen Unterstützung der Ukraine In Brüssel wird heute der EU-Rat für auswärtige Angelegenheiten die Situation in der Ukraine erörtern.

Am Rande der Sitzung trifft der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin mit den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten und der Hohen EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini im Format der Gruppe der Freunde der Ukraine zusammen, berichtete der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel.

Das Programm des Besuchs des ukrainischen Außenministers in der belgischen Hauptstadt sieht auch Treffen mit dem ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg vor.

de.sputniknews.com: MH17-Abschuss über Ukraine: Verdächtiger Kampfpilot begeht Suizid Fast vier Jahre nach dem Abschuss der malaysischen Passagiermaschine MH 17 über der Ukraine ist der ukrainische Ex-Kampfpilot Wladislaw Woloschin, der in die Katastrophe mit fast 300 Toten verwickelt sein könnte, getötet worden. Die ukrainische Polizei spricht von Selbstmord.

Woloschin habe am Sonntag in seiner Wohnung in Nikolajew (Südukraine) Suizid begangen, teilte die lokale Polizei mit. Der 29-Jährige habe sich mit einer Pistole schwer verletzt und sei auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben.

"Laut vorläufigen Erkenntnissen wurde aus einer Kampfpistole des Typs PM ohne Seriennummer geschossen", teilte die Polizei mit. Die Waffe sei zur weiteren Untersuchung beschlagnahmt worden.

"Nach Aussagen seiner Angehörigen war der Mann in letzter Zeit niedergeschlagen und sprach beunruhigende Absichten aus", heißt es in der Mitteilung der Polizei. Allerdings seien Ermittlungen wegen "vorsätzlicher Tötung" eingeleitet worden.

Ukrainische Medien berichteten unter Verweis auf Woloschins Familie, dass der frühere Pilot, der zuletzt kommissarischer Direktor des Flughafens Nikolajew war, sich wegen Finanzproblemen das Leben genommen haben könnte.

Im Juli 2014 hatte Woloschin bei der ukrainischen Luftwaffe gedient. Über seine mögliche Verwicklung in den Abschuss der Boeing hatte der damalige Techniker der ukrainischen Luftwaffe, Jewgeni Agapow, berichtet. Nach seinen Worten hatte Woloschin, damals Hauptmann der ukrainischen Luftwaffe, am Tag der MH17-Katastrophe mit seinem Kampfjet vom Typ Su-25 seine Basis mit Luft-Luft-Raketen an Bord verlassen und war etwas später ohne Munition zurückgekehrt. Zu seinen Kameraden soll Woloschin gesagt haben, er sei "zur falschen Zeit am falschen Ort" gewesen.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli im umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der Verkehrsmaschine, die von Amsterdam nach Malaysia unterwegs war, kamen ums Leben. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen warfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben.

Ein internationales Ermittlungsteam erklärte nach monatelangen Untersuchungen, die Maschine sei mit einer Boden-Luft-Rakete vom Typ Buk vom Himmel geholt worden, die aus Russland in die Ukraine geholt und nach der Katastrophe zurück nach Russland gebracht worden sei. Wer genau geschossen hat, ist noch immer unklar.

Moskau wies die Schlussfolgerungen der westlichen Ermittler als voreingenommen zurück: Die Ermittler bauten ihre Version allein auf Angaben, die von der ukrainischen Regierung übermittelt worden waren.

Vier Tage nach der MH17-Katastrophe hatte der russische Generalstab seine Radardaten veröffentlicht. Daraus geht unter anderem hervor, dass ein ukrainischer Kampfjet kurz vor der Katastrophe unweit der malaysischen Verkehrsmaschine geflogen war und dass das ukrainische Militär am Absturztag deutlich mehr Radare als gewöhnlich betrieben hatte. Der Generalstab übergab das gesammelte Material an die internationalen Ermittler und rief die USA auf, ebenfalls ihre Satellitenaufnahmen und andere Angaben offenzulegen, was bisher nicht getan wurde.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feuereinstellung wird eingehalten.

de.sputniknews.com: "Zum Erfolg verdammt": **Putin erklärt Pläne für neue Amtszeit** Russland braucht einen Sprung nach vorn und es hat alles, um diesen Sprung zu schaffen. Russlands Präsident Wladimir Putin sagte dies in einer Ansprache vor seinem Wahlkampfteam. Über seine Pläne für die kommende Amtszeit, Russlands Verhältnis zu anderen Ländern und die Skripal-Affäre hat der russische Präsident auch gesprochen. Russland hat schwierige Aufgaben vor sich, betonte Putin. Um diese Aufgaben zu bewältigen, reichen übliche Lösungsmuster nicht aus: "Wir müssen einen Durchbruch, einen Sprung schaffen." Nicht zufällig sei in seiner Ansprache vor der Föderalversammlung davon die Rede gewesen. "Wir können das schaffen. Wir haben allen Grund, davon auszugehen und dieses Ergebnis auch zu erzielen", so der russische Präsident.

Russland stehe vor gewaltigen Herausforderungen. "Diese Herausforderungen müssen wir meistern, wir müssen die Aufgaben unseres Landes lösen. Und ich rechne sehr damit, dass wir gemeinsam diese Arbeit fortsetzen."

Putin betonte: "Ich sagte es nicht eines geistreichen Spruches wegen. Wir brauchen einen entschiedenen Sprung nach vorn in unserer Entwicklung. Wir können das schaffen. Wir haben einen Level erreicht, von dem aus wir diesen Sprung schaffen können." Als Beispiel nannte der russische Präsident die niedrige Inflation in Russland: Dies sei eine "historische Gelegenheit", die es zu ergreifen gelte.

Angemessenes Ergebnis

Der russische Präsident bedankte sich bei den freiwilligen Helfern seines Wahlkampfteams. "Ich finde, wir sind ein sehr großes Team – nicht nur die hier Anwesenden. Ich meine, alle Menschen, die heute abgestimmt haben, und deren Haltung zu diesem sehr angemessenen Ergebnis geführt hat."

Neue Amtszeit

Auf die Frage, ob er auch bei den Präsidentschaftswahlen 2030 kandidieren werde, sagte Putin, dass dies doch lächerlich sei:

"Soll ich etwa 100 Jahre hier sitzen. Nein."

Das Verhältnis zu anderen Ländern

Russland sei daran interessiert, Beziehungen zu allen Ländern auf allen Kontinenten positiv zu gestalten:

"Ungeachtet aller Schwierigkeiten sind wir bereit, gemeinsam zu arbeiten, alle Fragen gemeinsam zu diskutieren und zu bewältigen", sagte der russische Präsident.

China sei ein strategischer Partner Russlands. Moskau schätze diese Partnerschaft und werde sie fördern.

Die Skripal-Affäre

"Ich denke, jeder vernünftige Mensch sieht ein, dass es dummes Zeug ist, Unsinn, Nonsens, dass jemand in Russland sich solche Ausfälle im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und der Fußball-WM erlaubt hätte. Das ist undenkbar", so der russische Präsident.

Moskau sei zur Zusammenarbeit im Fall Skripal bereit, allerdings müsse auch die andere Seite daran interessiert sein. Im Übrigen, betonte Putin, habe Russland – im Unterschied zu anderen Ländern – seine Chemiewaffen vernichtet.

Verhinderte Abstimmung in der Ukraine

Es sei eine Schande, dass russische Bürger in der Ukraine an der Abgabe ihrer Stimme gehindert wurde. Dennoch werde Moskau darauf nicht reagieren: "Das ukrainische Volk ist für uns ein Brudervolk, das sagte ich bereits." Man werde alles dafür tun, dass die Ukrainer sich in Russland wie zuhause fühlen können.

Neue Regierung

Die Neuaufstellung der Regierung werde nach seiner Amtseinführung stattfinden, sagte Putin. "Ich werde jetzt darüber nachdenken, was und wie getan werden muss." Dies betreffe auch das Amt des Premierministers. Verfassungsreformen seien nicht geplant, betonte er. Vorher hatte Putin bei einer Kundgebung vor dem Kreml erklärt, er und seine Anhänger müssten an die Zukunft denken, statt sich von flüchtigen Interessen leiten zu lassen. "Wir werden an die Zukunft unserer großen Heimat denken, an die Zukunft unserer Kinder. Mit diesem Ansatz sind wir zum Erfolg verdammt."

Um weiter nach vor zu schreiten, sei es wichtig, die Einheit des Volkes zu wahren: "Um nach vorne zu gehen, müssen wir die Schulter jedes Bürgers unseres Landes spüren."

"Man hat mir gerade aus aus der Menge zugerufen 'Wir sind Ihr Team". Es hat mich sehr gefreut, das zu hören. Ich habe geantwortet: Ich bin Mitglied unseres gemeinsamen Teams. Ich würde mir wünschen, dass unser Team für die nächsten Jahre erhalten bleibt. Und dass wir effektiv zum Nutzen und Wohle und im Namen Russlands arbeiten. Ich danke euch allen."



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31997/93/319979301.jpg

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **zweimal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Leninskoje und des Volvo-Zentrums in Donezk** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen.

de.sputniknews.com: "Geheimer Kommunikationskanal" zwischen CIA und Nordkorea eingerichtet – Medien

Die US-Geheimdienste haben einen inoffiziellen Kommunikationskanal mit Nordkorea für die Übermittlung von Informationen eingerichtet, teilte der US-Fernsehsender CBS News unter Berufung auf namentlich nicht genannte amerikanische Beamte mit.

Ihnen zufolge sei vor allem der US-Auslandsgeheimdienst CIA daran interessiert, einen direkten Kanal zur Übermittelung von Informationen einzurichten.

Laut CBS unterstützt CIA-Direktor Mike Pompeo, der vor kurzem von Präsident Donald Trump für den Außenministerposten vorgeschlagen wurde, diese Art von "stiller Diplomatie". Letztere werde über Geheimkanäle, unter Umgehung des vom US-Außenministerium über die Uno etablierten diplomatischen Kanals, betrieben.

Wie zuvor berichtet wurde, hatte sich Trump bereit erklärt, mit dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un zusammenzutreffen. Die Zusammenkunft soll bis Ende Mai 2018 stattfinden.

Die südkoreanische Außenministerin Kang Kyeong-hwa teilte in einem Interview mit CBS mit, dass Pjöngjang noch keine Antwort hinsichtlich des Treffens des US-Präsidenten mit dem nordkoreanischen Staatschef gegeben habe.

ukrinform.ua: Präsident: Ukraine bestrebt nach konstruktiven Beziehungen mit arabischer Welt

Präsident Petro Poroschenko hat beim gestrigen Treffen mit dem Vizepremierminister und Außenminister von Kuwait, Jaber Al-Mubarak Al-Hamad Al-Sabah, die kuwaitische Seite aufgerufen, die Absicht der Ukraine, den Beobachterstatus bei der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zu erhalten, zu unterstützen, ist auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Staatschefs angegeben.

"Petro Poroschenko hat die kuwaitische Seite ersucht, die Absicht der Ukraine, den Beobachterstatus bei der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zu erhalten, zu unterstützen", so die Meldung.

Das Staatsoberhaupt dankte der kuwaitischen Seite für die Unterstützung von Initiativen der Ukraine im Rahmen der internationalen Organisationen und äußerte die Hoffnung auf die weitere fruchtbare Zusammenarbeit in diese Richtung.

Seinerseits hat der Scheich Jaber Al-Mubarak Al-Hamad Al-Sabah den Beitrag der Ukraine, als nicht-ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in 2016-2017, zur Unterhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Welt, sowie zum Schutz der Menschenrechte, hoch geschätzt.

Die Seiten haben die Notwendigkeit der weiteren internationalen Anstrengungen zur Gewährleistung der Achtung der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten, bekräftigt. Der ukrainische Staatspräsident informierte die kuwaitische Seite darüber, dass Russland weiterhin die muslimische Bevölkerung auf der besetzten Krim verfolgt, und appellierte an den Emir von Kuwait, zur Linderung des Schicksals der Krimtataren und zum Schutz ihrer Rechte beizutragen.

Gleichzeitig bestätigte Poroschenko das Bestreben der Ukraine, stabile und konstruktive Beziehungen mit den Ländern der arabischen Welt entwickeln zu wollen. Er unterstrich die Unverzichtbarkeit auf die Lösung regionaler Konflikte durch friedliche Verhandlungen. Die Gesprächspartner begrüßten die Einigung auf die Liberalisierung des visafreien Regimes für ukrainische Bürger.

Auch wurden beim Treffen regionale Sicherheitsfragen erörtert.

de.sputniknews.com: Rekordstimmenzahl von 54,5 Millionen bei Putins Wahlsieg Bei der Präsidentschaftswahl am Sonntag in Russland hat der Amtsinhaber Wladimir Putin nach der Auszählung und Auswertung von 99 Prozent der Stimmzettel 76 Prozent der Wählerstimmen (54,4 Millionen) erhalten. Das ist ein Rekordergebnis in der Geschichte des postsowjetischen Russland.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 hatte Putin 39,7 Millionen Stimmen (52,9 Prozent) auf sich vereinigt. Im Jahr 2004 waren es 49,6 Millionen (73,31 Prozent) und im Jahr 2012 insgesamt 45,6 Millionen Stimmen (63,6 Prozent). Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 kam Dmitri Medwedew auf 52,5 Millionen Stimmen (70,3 Prozent). Der frühere russische Präsident Boris Jelzin hatte im Jahr 1993 insgesamt 40,4 Millionen Stimmen (53,8 Prozent) und im Jahr 1991 insgesamt 45,5 Millionen (57,3 Prozent) bekommen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.). In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Leninskoje.** Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 4. In den vorhergehenden 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: "Totale Transparenz": Halbe Million Beobachter bei Russland-Wahl Wladimir Putin, der mehr als 76 Prozent der Wählerstimmen erhalten hat, ist offenbar als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl hervorgegangen. Darüber sprach die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, am Montag.

Nach vorläufigen Angaben verteilen sich die weiteren Wählerstimmen wie folgt: Pawel Grudinin – 11,8 Prozent, Wladimir Schirinowski – 5,66 Prozent, Xenija Sobtschak – 1,67 Prozent.

Laut Pamfilowa waren insgesamt 10.500 Medienvertreter bei den Wahlen eingesetzt, in jedem Wahllokal seien durchschnittlich sechs bis sieben Beobachter tätig gewesen.

"In den Wahllokalen waren insgesamt 474.500 Beobachter der Kandidaten, der Parteien und gesellschaftlichen Kammern sowie 105.000 mit beratendem Stimmrecht ausgestattete Kommissionsmitglieder zugegen, die auch alle Beobachtervollmachten hatten", so Pamfilowa. Somit seien alle Wahllokale im gesellschaftlich-politischen Sinn total erfasst gewesen, fügte sie hinzu.

Nach Angaben der Kommissionsleiterin sind 1.513 internationale Beobachter aus 115 Ländern bei den Wahlen gewesen. 977 Beobachter von 14 internationalen Organisationen, darunter 481 vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, seien nach Russland geschickt worden. 104 Personen aus 51 Ländern seien von Botschaften bzw. diplomatischen Vertretungen in Moskau als Beobachter akkreditiert worden. Nach vorläufigen Angaben hat die Wahlbeteiligung 67,47 Prozent (73,36 Millionen) betragen. Pamfilowa räumte zugleich ein, dass die Zentrale Wahlkommission bei der Abstimmung gewisse Mängel und Fehler registriert habe. All das werde noch analysiert und wieder gutgemacht, fügte die Kommissionsleiterin hinzu.

Dan-news.info/dnr-online.ru: "Heute Nacht wurde **Sachanka** wieder von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen. In der Folge der Beschüsse wurden drei Häuser in der Gawrilenko-Straße beschädigt. An den Häusern wurden Dächer, Fenster und Türen beschädigt", teilte die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR mit. Wegen der Beschüsse gibt es in der gesamten Gawrilenko-Straße keine Gas- und Stromversorgung. Die Reparaturarbeiten beginnen in der nächsten Zeit. Der staatliche Konzern "Donbassgas" teilte mit, dass 7 Schäden durch Geschosssplitter an Verteilungsgasleitungen lokalisiert wurden, die Reparaturen haben begonnen. Seit Beginn des Jahres sind im Nowoasowksij-Bezirk acht Fälle von Reparaturarbeiten an Gasleitungen aufgrund von Kampfhandlungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt worden.

de.sputniknews.com: Kiews Außenminister fordert Sanktionen gegen Altkanzler Schröder

Gerhard Schröder ist ein Mitglied im Aufsichtsrat des russischen Energiekonzerns Rosneft. Deshalb hat der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin in einem Bild-Interview Strafmaßnahmen gegen den ehemaligen Bundeskanzler gefordert.

Wer im Ausland "Putins Projekte" vorantreibe, gegen den müsse es Sanktionen geben. "Gerhard Schröder ist für Putin weltweit der wichtigste Lobbyist. Es sollte deshalb geprüft werden, wie die EU hier handeln kann", sagte Klimkin im Interview.

Altkanzler Schröder wird immer wieder wegen seines Engagements bei Rosneft kritisiert. "Da steckt in der Kritik auch Heuchelei. Wenn ich im Aufsichtsrat eines amerikanischen Unternehmens sitzen würde, hätten alle gesagt: toll!" sagte der ehemalige Bundeskanzler im Interview mit der "Rheinischen Post".

An seiner Einstellung zu Putin werde die Kritik aber nichts ändern: Sie baue auf Freundschaft auf und habe am allerwenigsten mit Politik zu tun, sagte Schröder in der russischen Doku

"Putin". Die Kritik, die in Deutschland erhoben werde, sei für ihn "kein Problem". Gerhard Schröder ist im September letzten Jahres in den Aufsichtsrat von Rosneft berufen worden. Der russische Konzern ist mit einer Verarbeitungskapazität von 12,5 Millionen Tonnen pro Jahr der drittgrößte Raffineriebetreiber in Deutschland.

Die Forderung des ukrainischen Außenministers sei purer Populismus, sagen indes Experten.

Niemand nehme Klimkin ernst, sagte der russische Analyst Wladeslaw Gulewitsch.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31998/06/319980674.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind nach Angaben des Zivilschutzministeriums der LVR 576 Verbraucher in fünf Ortschaften im Bezirk Antrazit von Stromausfällen aufgrund des schlechten Wetters betroffen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: GB wird sich für haltlose Anschuldigungen gegen Russland verantworten müssen – Kreml

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, wird London für seine fadenscheinigen Anschuldigungen gegen Moskau im Fall Skripal Rede und Antwort stehen müssen.

"Die Solidarität (im Fall Skripal aus Sicht Londons) ist uns verständlich, aber ich möchte noch einmal wiederholen: Früher oder später wird man sich für diese fadenscheinigen Anschuldigungen verantworten müssen", sagte Peskow am Montag gegenüber Journalisten. "Man muss sie (die Anschuldigungen) entweder durch irgendwelche Beweise untermauern oder entsprechende Entschuldigungen vorbringen", so Peskow.

"In diesem Fall handelt es sich um einen schwer erklärbaren, unfassbar motivierten und grundlosen Strom von Verleumdungen gegen Russland vonseiten Großbritanniens, vonseiten der Führung Großbritanniens", betonte der Kreml-Sprecher.

Dnr-online.ru: Die heftige Verschlechterung der Wetterbedingungen – Temperaturfälle, heftige Niederschläge, Glatteis, Sturmböen – haben in den letzten 24 Stunden zu

Unterbrechungen der Stromversorgung von 25 Ortschaften der DVR geführt. Betroffen sind vor allem die Bezirke Amwrosiewka und Schachtjorsk.

Das Kohle- und Energieministerium teilt mit, dass das republikanische Unternehmen "Regional Energieversorgungsgesellschaft" die Schäden operativ beseitigt, es wurden zusätzliche Brigaden gebildet. Trotz der schlechten Wetterbedingungen bemühen sich die Energietechniker, die Stromversorgung für Einwohner, Industrie und soziale Objekte möglichst schnell wieder in Betrieb zu nehmen.

Im Amwrosiewka sind bereits zehn Ortschaften am Vormittag des 19. März wieder mit Strom versorgt worden.

Zurzeit laufen die Reparaturarbeiten im Bezirk Schachtjorsk der DVR, hier haben noch 12 Ortschaften keinen Strom, außerdem sind zum Teil Siedlungen in den Bereichen von Torez, Sneshnoje und Makejewka betroffen.

Die Reparaturarbeiten werden in kürzester Zeit abgeschossen sein.

Insgesamt haben Reparaturbrigaden der regionalen Energieversorgungsgesellschaft am 17. und 18. März den Strom für mehr als 4500 Einwohner wieder in Betrieb genommen, außerdem für 16 sozial wichtige Objekte – Heizwerke, Krankenhäuser, Schule, Kindergärten. Die Energietechniker haben 16 Stromleitungen, 120 Transformatorunterstationen und Verteilungspunkte wieder in Betrieb genommen.

de.sputniknews.com: Russland-Wahl: Zahlreiche "Fake-Unregelmäßigkeiten" gemeldet Nach der Präsidentenwahl in Russland hat sich übereinstimmenden Berichten zufolge ein Großteil der Meldungen über angebliche Unregelmäßigkeiten nicht bestätigt. Sowohl die Wahlleitung als auch unabhängige Beobachter stellen fest: Viele der Übertretungen wurden schlichtweg erfunden.

Bei den jetzigen Wahlen habe es viele "Fake-Unregelmäßigkeiten" gegeben, sagte Nikolai Bulajew, Vizechef der Zentralen Wahlkommission in Moskau, am Montag.

"Die Zahl dieser Fake-Meldungen ist im Moment nach meiner Einschätzung sogar höher als die der Meldungen über wirkliche Missstände." Die Wahlkommission habe bis jetzt weder von den Kandidaten noch den Parteien "eine ersthafte Beschwerde" erhalten. "Beschwerden gibt es hauptsächlich von Beobachtern."

Auch die Organisation NOM (Nationalni obschtschestwenni monitoring, dt.: Nationales Gesellschaftsmonitoring), die sich selbst als ein Netzwerk unabhängiger Beobachter bezeichnet, hat viele "Unregelmäßigkeiten" nach eigenen Angaben als Falschmeldungen identifiziert.

"Uns wurden bislang rund 200 Verstöße gemeldet", teilte NOM-Koordinator Roman Kolomojzew am späten Sonntagabend Sputnik mit. "Mehr als 50 Meldungen haben wir bereits als Fake eingestuft. Wir prüfen weiter."

"Diskreditierung der Wahl"

Das Team des Wahlsiegers Wladimir Putin sieht hinter den erfundenen Übertretungen einen gezielten Versuch, das Vertrauen zum Wahlergebnis zu untergraben.

"Es gehen sehr viele solche Fake-Beschwerden ein", sagte Andrej Kondraschow, Pressesprecher des Wahlteams Wladimir Putins. "Es gibt unverhüllte Provokationen, sogenannte Fake-Unregelmäßigkeiten. Wir denken, es wird gezielt darauf hingearbeitet, die Wahlen zu diskreditieren."

Als Beispiel verwies Kondraschow auf eine Beschwerde über eine angebliche Manipulation im Wahllokal 173 in Moskau. Dort soll ein Wähler zweimal seine Stimme abgegeben haben. Ein Beschwerdesteller habe sogar einen "Videobeweis" zugeschickt, der in den sozialen Netzwerken die Runde machte.

"Als wir uns die Live-Übertragung aus diesem Wahllokal anschauten, wurde klar, dass das Video gar nicht aus diesem Wahllokal stammt: die Ausstattung, die Farbe von den Wänden – das alles stimmte nicht." Auch habe nicht bestätigt werden können, dass der gefilmte Verstoß

überhaupt von der jetzigen Wahl stamme.

Unregelmäßigkeiten gab es schon

Dabei bestätigte Kondraschow, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben habe. Allein Putins Wahlteam habe rund 200 diverse Verstöße beim Urnengang zugunsten anderer Kandidaten festgestellt.

"Wir werden aber bei der Zentralen Wahlkommission keine offiziellen Beschwerden einlegen", sagte Kondraschow gegenüber Sputnik. Denn die Unregelmäßigkeiten seien geringfügig und "haben keine Auswirkungen auf den Ausgang der Wahlen."

Bei der russischen Präsidentenwahl am Sonntag ist Amtsinhaber Wladimir Putin klar im Amt bestätigt worden: Auf ihn entfielen nach Auszählung von 99,9 Prozent der Stimmzettel 76,6 Prozent, wie die Zentrale Wahlkommission in Moskau mitteilte.

Sein nächster Herausforderer Pawel Grudinin von der Kommunistischen Partei KPRF kam auf 11,8 Prozent der Stimmen. Weiter folgen Wladimir Schirinowski (5,65 Prozent), Xenia Sobtschak (1,68 Prozent) und Grigori Jawlinski (1,05 Prozent). Die drei weiteren Kandidaten konnten jeweils nur weniger als ein Prozent der Stimmen auf sich vereinen

dnr-news.com: In der Rada wurde ein Gesetzesentwurf zur Nichtanerkennung der Präsidentschaftswahlen in Russland aregistriert

In der Obersten Rada der Ukraine wurde der Gesetzentwurf "Zur Nichtanerkennung der Legitimität der Präsidentschaftswahlen in der Russischen Föderation" registriert. Dies wird auf der Website des ukrainischen Parlamentes berichtet.

Abgeordnete der Fraktion "Volksfront" reichten den "Resolutionsentwurf einer Erklärung der Obersten Rada der Ukraine zur Nichtanerkennung der Legitimität der Präsidentschaftswahlen der Russischen Föderation, ihrer Resultate, die rechtlichen Konsequenzen sowie dementsprechend die Handlungen der illegitim in diese Funktion gewählten Person" ein. Der Text des Dokumentes auf der Website fehlt.

de.sputniknews.com: Steinmeier gratuliert Putin zur Wiederwahl – und beklagt Entfremdung Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dem russischen Staatschef Wladimir Putin in einem Brief zur Wiederwahl gratuliert und gleichzeitig das Misstrauen und die Entfremdung zwischen Berlin und Moskau beklagt.

Steinmeier wünschte Putin "eine glückliche Hand" für seine neue Amtszeit und betonte zugleich, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland stets als wichtige Stütze für die Bemühungen um eine dauerhafte Friedensordnung in Europa gegolten habe. Von diesem Ziel sei man derzeit jedoch "beunruhigend weit entfernt", hieß es weiter in dem Brief, den der Pressedienst des Bundespräsidenten veröffentlichte. Misstrauen, Aufrüstung und ein Klima der Unsicherheit trügen zur Instabilität bei.

"Ich hoffe und wünsche, dass es gelingen wird, der Entfremdung auf unserem Kontinent und zwischen den Menschen in Russland und Deutschland entgegenzuwirken, und dass Sie Ihre neue Amtszeit hierfür nutzen. Den Dialog hierzu sollten wir in vertrauensvollem Rahmen fortsetzen", so Steinmeier…

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im GZKK:

Gemäß den Angaben der örtlichen Verwaltung befand sich bereits zwei Nächte hintereinander Sachanka im Zentrum von zielgerichtetem Feuer der ukrainischen Streitkräfte. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde durch einen direkten Treffer ein Wohnhaus in der Gawrilenko-Straße 26 beschädigt. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden drei Häuser beschädigt: Gawrilenko-Straße 22 – direkter Treffer auf ein Nichtwohngebäude; Gawrilenko-Straße 25 – Verglasung, Fassade und außen liegende Gasleitung beschädigt; Gawrilenko-Straße 20 – Verglasung und Fassade beschädigt.

Leider wurden im Zusammenhang mit technischen Schwierigkeiten beide Fälle nicht rechtzeitig von einer Beobachtergruppe des GZKK im Süden der Republik registriert. Inzwischen ist eine mobile Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess zum Ort des Beschusses eingetroffen und hat alle notwendigen Informationen für die Ermittlung aufgenommen, die in kürzester Zeit veröffentlicht werden. Die Leitung der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess entschuldigt sich für die nicht rechtzeitige Information der Öffentlichkeit und und wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die technischen Probleme zu beseitigen.

de.sputniknews.com: Österreich: Vorerst keine Anschuldigungen im Fall Skripal Österreich fordert erst eine umfassende Aufklärung zum Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergei Skripal durch Experten in Zusammenarbeit mit der Chemiewaffenagentur, bevor es zu Anschuldigungen, Beurteilungen und Verurteilungen kommt. Das sagte die Außenministerin des Landes Karin Kneissl am Montag in Brüssel. Sie verwies darauf, dass die EU sich über eine gemeinsame Resolution zum Fall Skripal berate. Doch sie gehe davon aus, dass es noch keine genaue Sachverhaltsaufklärung gebe. "Der Sachverhalt muss durch die Experten umfassend aufgeklärt werden", sagte Kneissl vor der heutigen Sitzung des Europarates.

Die Experten seien bereits dabei, die Substanzen zu überprüfen, zitieren die russischen Medien ihre Worte. Dies werde aber eine längere Zeit in Anspruch nehmen, sagte die Außenministerin.

Später nahm der Europarat in Brüssel eine gemeinsame Erklärung über eine "bedingungslose Solidarität" mit Großbritannien zum Fall Skripal an. Die EU nehme Londons Ansicht sehr ernst, laut der Russland wahrscheinlich für den Fall Skripal verantwortlich sei, zitiert die Nachrichtenagentur Reuters aus dem Text der Erklärung.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Trotz des geltenden Regimes der Feuereinstellung haben ukrainische Kämpfer das Territorium der Republik mit Mörsern, die von der Kontaktlinie abgezogen sein müssten, beschossen. **In Richtung Donezk** wurde das **Volvo-Zentrum in Donezk** vom Gegner mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete von **Leninskoje und Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen. In der Folge der Beschüsse wurden drei Häuser in Sachanka auf der Gawrilenko-Straße beschädigt

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Die Besatzungsbehörden des verbrecherischen Kiewer Regimes führen zusammen mit den bewaffneten Formationen, die sich "ukrainische Streitkräfte" nennen, weiter Maßnahmen durch, die auf die Säuberung der zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorien in der Konfliktzone von Zivilbevölkerung gerichtet sind.

So werden im Gebiet von Granitnoje vom Kommando der 93. mechanisierten Brigade gemeinsam mit einer Gruppe für informationspsychologische Operationen der Spezialoperationskräfte Maßnahmen zur Desinformation der örtlichen Einwohnern über angeblich näher rückende Kämpfe an diesem Frontabschnitt durchgeführt.

Dabei wird mitgeteilt, dass als Initiator der Beendigung des Waffenstillstands gerade Banden der "ukrainischen Streitkräfte" auftreten werden.

Diese Aktivitäten verbinden wir mit der Notwendigkeit, Häuser von Bürgern als Unterkünfte für Kämpfer zu konfiszieren sowie unsere Aufklärung in die Irre zu führen.

Außerdem haben wir Informationen über eine Rotation des Personals der Gruppe für

informationspsychologische Operationen der "ATO" erhalten. Im Zusammenhang damit prognostizieren wir für die nächste Zeit eine Zunahme der minderwertigen und offenkundig falschen Mitteilungen über die Lage in der Konfliktzone. Denn das neue Personal der Gruppen ist noch nicht mit der Situation bekannt, will sich aber schon in den Augen der Führung empfehlen. Wie die Erfahrung zeigt, werden die ukrainischen

Desinformationsgruppen mit diesen Fakes nur ihre eigene Militärführung in die Irre führen und sie von den Hauptaufgaben ablenken.

Nach Informationen von Menschen, die den "Informationspsychologen" nahe stehen, besteht die Hauptaufgabe der Dienstreise für die neu Eingetroffenen in folgendem: Erstellung von Falschinformationen über die Gefangennahme von Soldaten der Streitkräfte der DVR oder deren freiwilligen Übergang auf die Seite der ukrainischen Streitkräfte und deren Verbreitung in den Massenmedien. Gemäß den Anforderungen der Führung der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte muss es solche Meldungen mindestens einmal wöchentlich geben. Meinerseits will ich die Öffentlichkeit warnen, wenden Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die Beweise, die von den ukrainischen Streitkräften vorgelegt werden. Denn weil dies zu der traditionellen Art und Weise der ukrainischen Betrüger gehört, werden wir wieder schmutzbedeckte Gesichter, gefälschte Dokumente sowie ein unprofessionelles Spiel dafür vorgesehener Schauspieler sehen.

Ukrinform.ua: Rasmussen: EU und Nato müssen der Ukraine defensive Waffen gewähren

Die Europäische Union und die Nato müssen der Ukraine Verteidigungswaffen gewähren, Investitionen in die ukrainische Wirtschaft fördern und die Sanktionen gegen Russland verschärfen, sagte Anders Fogh Rasmussen, ehemals Nato-Generalsekretär, Berater des Präsidenten der Ukraine, auf der heutigen internationalen Konferenz "Entwicklung der sicheren und stabilen Ukraine: Fortschritte und Herausforderungen" in Brüssel, teilt der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel mit.

"Erstens ist es die Sicherheit. Wir müssen der Ukraine helfen, sich zu stärken, um sich gegen die russische Aggression zu verteidigen. Wir müssen der Ukraine defensive Bewaffnung und Systeme gewähren", sagte der ehemalige Nato-Leiter.

Nach der Meinung von Rasmussen wird es auch ein starkes Signal im Vorfeld des Nato-Gipfels im Juli dieses Jahres sein.

Die zweite Hilfsrichtung für die Ukraine nannte der dänische Politiker die Förderung von Investitionen in die Staatswirtschaft.

"Heute ist die Ukraine sehr vorteilhaft für europäische Investitionen. Die Ukraine hat viel für die Verbesserung des Investitionsklimas getan", sagte Rasmussen.

Drittens, betonte der Berater des Präsidenten der Ukraine, müsse der Westen die Politik der Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen.

"Die EU muss künftig Sanktionen um 12 Monate verlängern, denn jetzt gelten sie für 6 Monate. Das wird die Unbestimmtheit über die Zukunft der Sanktionen beseitigen. Auch müssen persönliche Sanktionen gegen Putins Umgebung verschärft werden", sagte Rasmussen.

Gesondert hat er betont, dass die EU das russische rein politische Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 aufgeben muss.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **relativ ruhig**. In den letzten 24 Stunden wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte keine Beschüsse festgestellt.

Im Zusammenhang mit der unzureichenden Finanzierung und einem zweimonatigen Rückstand bei den Soldzahlungen unternehmen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Versuche, persönliche Waffen und Munition zu verkaufen, sowohl an die örtliche Bevölkerung als auch außerhalb der Zone der Operation der vereinigten Kräfte. So wurde im Gebiet von Staniza Luganskaja von einer Polizeieinheit ein Versuch von ungesetzlichem Verkauf einer Schusswaffe durch Soldaten der 80. Luftsturmbrigade unterbunden. Die genannten Personen wurden festgenommen und sagen gegenüber den Ermittlern der Militärstaatsanwaltschaft aus.

Das Kommando der Brigade verheimlicht den Vorfall sorgfältig.

Außerdem stellen wir weiter eine Zunahme der Zahl der Rechtsverletzungen und Verbrechen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf dem von Kiew kontrollierten Territorium des Lugansker Lands fest.

So haben im Gebiet von Sewerodonezk Kämpfer des "Rechten Sektors" in betrunkenem Zustand ein Fahrzeug überfallen, das Lebensmittel in ein Geschäft lieferte. Sie schlugen den Fahrer zusammen, raubten ihn aus, nahmen die Lebensmittel, alkoholische Getränke sowie das Geld mit.

Der Verletzte wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert. Die örtliche Polizei weigert sich, eine Anzeige aufzunehmen und eine Strafverfahren einzuleiten. In den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der Operation der Vereinigten Kräfte befinden, wachsen die nicht kampfbedingten Verluste weiter. Am 17. März wurden beim Ausladen von Material und Treibstoff in einer der Einheiten der 80. Luftsturmbrigade im Gebiet von Staryj Ajdar zwei Soldaten verletzt. Einer ist in äußerst ernstem Zustand im Bezirkskrankenhaus. Zu diesem Fall wird eine dienstliche Ermittlung durchgeführt, ein Bericht über den Vorfall an den übergeordneten Stab ist nicht erfolgt. Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen genau ein. Wir treten für Verhandlungen und eine Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Maßnahmen vor.

de.sputniknews.com: Putin nennt "Endziel" seiner Amtszeit

Nach dem klaren Sieg bei der russischen Präsidentenwahl am Sonntag hat Wladimir Putin das "Hauptziel" der russischen Regierung während seiner neuen Amtszeit genannt. "Der Hauptakzent der künftigen Arbeit der Exekutive wird auf der Lösung der inneren Probleme liegen", sagte Putin am Montag bei einem Treffen mit anderen Präsidentschaftskandidaten.

Hierzu gehören ihm zufolge Wirtschaftswachstum, der Aufbau einer innovativen Wirtschaft sowie die Bewältigung "konkreter Probleme in Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur, um auf dieser Grundlage den Wohlstand unserer Menschen zu erhöhen." "Das ist das Endziel einer jeden Regierung, und Russland ist da keine Ausnahme", führte der Staatschef aus…

Dan-news.info: "Vom 12. bis 19. März haben die ukrainischen Streitkräfte 13 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Insgesamt wurden in der letzten Woche 63 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen", teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

In dem genannten Zeitraum wurden 389 Geschosse abgeschossen, das sind 0,828 Tonnen. Sieben Häuser im Süden der DVR wurden beschädigt.

de.sputniknews.com: Causa Skripal: Polen erwägt Ausweisung russischer Diplomaten Nach der Vergiftung des ehemaligen GRU-Agenten und Spions Sergej Skripal in London erwägt nun Warschau laut der Zeitung "Gazeta Prawna" die Ausweisung russischer

Diplomaten. Damit will Polen dem Blatt zufolge Solidarität mit Großbritannien zeigen. Außerdem wollen polnische Behörden Sanktionen gegen russische Unternehmen und Beamten verhängen, wie die Zeitung unter Berufung auf eine Quelle in der Regierung in Warschau berichtet. Die Maßnahme werde schon seit der vergangenen Woche diskutiert. Warschau wollte die endgültige Entscheidung dem Blatt zufolge jedoch erst nach der Präsidentschaftswahl in Russland treffen.

Die polnische Regierung halte gemeinsame Schritte gegen Russland auf EU-Ebene für die beste Lösung, so die Quelle weiter. Doch sollten die europäischen Behörden zu keinem gemeinsamen Beschluss kommen, werde Warschau im Alleingang eigene Strafmaßnahmen ergreifen.

Zuvor hatte der polnische Vize-Außenminister Konrad Szymanski erklärt, Warschau werde versuchen, Berlin vom Verzicht auf den Bau der Pipeline Nord Stream 2 vor dem Hintergrund des "Falls Skripal" zu überzeugen. Dieser Vorfall werfe nämlich die Frage auf, ob Russland ein vertrauenswürdiger Partner sei.

Sergej Zetkow, Mitglied des Auslandsauschusses des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), spricht von einer beispiellosen Praxis in der internationalen Diplomatie.

"Es ist bekannt, dass Polen schon immer feindlich gegenüber Russland eingestellt war. Doch das, was sie jetzt vorschlagen, ist etwas ganz Neues in der internationalen Diplomatie", so Zetkow. Denn der "Fall Skripal" gehe Warschau ja gar nichts an…

Dan-news.info: "Heute haben Mitarbeiter der "Jenakiewer Kokerei" Unterstützung für zehn Familien, die in der frontnahen Siedlung Dolomitnoje leben, gesammelt und übergeben. Die Unterstützung wurde in Form von Lebensmittelpaketen übergeben", teilte die Leiterin des Besonderen Stabs für den Übergang der Unternehmen der ukrainischen Jurisdiktion unter äußere Leitung der DVR Olga Posdnjakowa mit.

Sie erläuterte, dass jedes Paket etwa 9kg wiegt. Es besteht aus Grieß, Zucker, Tee, Süßigkeiten, Waschpulver, Reinigungsmitteln.

Außerdem wurden heute Bücher in die Bibliothek von Golmowskij, das nordöstlich von Gorlowka liegt, gebracht.

de.sputniknews.com: Von der Leyen zu möglichen Sanktionen gegen Schröder: "Mit großer Vorsicht erwägen"

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich im Gespräch mit der "Bild" am Montag zum Vorschlag des ukrainischen Außenministers Pawel Klimkin, den Altkanzler Gerhard Schröder wegen dessen Russland-Engagements mit Sanktionen zu belegen, geäußert. Die Verhängung von Strafmaßnahmen sei "nach einschlägiger Prüfung mit großer Vorsicht zu erwägen", sagte die Ministerin auf eine entsprechende Frage.

Am Sonntag hatte Klimkin Schröder in einem "Bild"-Interview den " wichtigsten Lobbyisten für Putin" genannt und Strafmaßnahmen gegen den ehemaligen Bundeskanzler gefordert. Zuvor hatte Schröder unterstrichen, dass Kritik für ihn "kein Problem" sei und nichts an seiner Einstellung zu Präsident Putin ändern werde.

Altkanzler Gerhard Schröder wird immer wieder wegen seines Engagements bei Rosneft kritisiert. Im September letzten Jahres ist er in den Aufsichtsrat von Rosneft berufen worden. Der russische Konzern ist mit einer Verarbeitungskapazität von 12,5 Millionen Tonnen pro Jahr der drittgrößte Raffineriebetreiber in Deutschland.

Ukrinform.ua: "Wahlen" auf der Krim: Kiew übergibt der EU schwarze Liste und erwartet Sanktionen

Das Außenministerium der Ukraine habe den EU-Ländern eine Liste mit 140 Personen

übergeben, die an der Organisation der Präsidentschaftswahlen der Russischen Föderation auf der besetzten Krim beteiligt seien und gegen die Sanktionen verhängt werden sollen, sagte die Sprecherin des Außenministeriums Marjana Beza in der Sendung des Fernsehnachrichtensenders "112", teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit. "Das Außenministerium der Ukraine hat zusammen mit anderen Ministerien und Behörden eine Liste von Personen vorbereitet, die an der Organisation und Durchführung des Wahlprozesses beteiligt sind", sagte sie.

Ihr zufolge sieht die ukrainische Seite diese Liste als Grundlage für die Verhängung von Sanktionen gegen diese Personen.

Dnr-online.ru: Innerhalb von zwei Stunden, zwischen 11 und 13 Uhr, haben am Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens "Regionale Energieversorgungsgesellschaft" am 19. März die Stromversorgung von acht weiteren Ortschaften, die durch das schlechte Wetter gestern unterbrochen wurde, wieder in Betrieb genommen.

Strom gibt es wieder in den Häusern der Einwohner der Siedlung Nr. 27 (Sneshnoje), Ossipenko (Makejewka) und sechs Ortschaften im Bezirk Schachtjorsk. Um 14 Uhr sind in der Republik noch 38 Transformatorunterstationen außer Betrieb, noch sieben Ortschaften haben keinen Strom, sechs davon im Bezirk Schachtjorsk, eine bei Tores, 6 Heizwerke, 1 Schule und 1 Kindergarten (insgesamt handelt es sich um 1771 Verbraucher). Die Reparaturarbeiten gehen weiter. Sie werden in kürzester Zeit abgeschlossen sein, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

de.sputniknews.com: Nach Wiederwahl: Putin kündigt Kürzung von Militärausgaben an Für die Jahre 2018-2019 plant Russland eine Kürzung seiner Militärausgaben. Das wird laut Präsident Wladimir Putin die Verteidigungsfähigkeit des Landes jedoch nicht beeinträchtigen. Denn die wichtigsten Ausgaben seien schon gemacht worden.

"Wir haben eine Kürzung der Militärausgaben für dieses und für das nächste Jahr geplant. Das wird zu keinen Problemen mit der Verteidigungsfähigkeit führen, da die wichtigsten Ausgaben schon in den vergangenen Jahren für die Entwicklung neuester Systeme gemacht wurden", so Putin am Montag.

Es müssen laut dem russischen Staatschef noch "einige Sachen" fertiggestellt und die existierenden technischen Entwicklungen weitergeführt werden, die er allerdings noch nicht erwähnt habe.

Die bereitgestellten Finanzmittel würden für diese Ziele ausreichen. "Wir haben alles Notwendige, wir sind in diesem Sinne versorgt. Wir werden rhythmisch und plangemäß unsere Vorhaben in die Tat umsetzen."

abends:

Wpered.su: Am 18. März fand in Rom eine Sitzung der Nationalversammlung des linken politischen Blocks "Die Macht dem Volke" (Potere al popolo) statt. Daran nahm der Sekretär des ZK der KP der DVR Stanislaw Retinskij teil, teilt ein Korrespondent der Seite "Wperjod" mit.

"Sehr geehrte Genossen!

Ich grüße Sie im Namen der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik. Unsere Partei hat bereits im Januar dieses Jahres eine Grußbotschaft an die Kommunisten Italiens

gerichtet, in der wir unsere Solidarität mit dem Wahlblock "Potere al popolo" zum Ausdruck gebracht und Erfolg bei den Wahlen gewünscht haben. Trotz der relativ geringen Stimmenzahl für die Kommunisten halten wir schon die Tatsache, dass es diesen Zusammenschluss gegeben hat, für wichtig. Wir sind überzeugt, dass die Vereinigung dabei hilft, die Position der italienischen Genossen sowohl im Land als auch in der Welt zu stärken. Andererseits hängt von der Solidarität der Kommunisten der gesamten Welt, einschließlich Italiens, in vielem das Schicksal des Donbass ab. Die Donezker Kommunisten haben viel für die Schaffung der Donezker Volksrepublik getan. Derzeit ist ein erheblicher Teil unserer Arbeit auf ihre internationale Anerkennung gerichtet. Dies zu erreichen ist möglich, unter anderem dank der Schaffung internationaler Parteiverbindungen.

Der Donbass ist ein wichtiges Glied der antiimperialistischen Front. Indem wir dem Schlag des US-Imperialismus standhalten, helfen wir auch dem Sozialismus in Lateinamerika und in Südostasien. Die Verpflichtung jedes Kommunisten besteht daran, diesen Kampf zu unterstützen. Und wir sind den Kommunisten Italien für ihre Solidarität dankbar!", sagte er zu den Anwesenden.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/IMG_20180318_122757.jpg

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Russischer Botschafter in schwedisches Außenamt zitiert Das schwedische Außenministerium hat laut seinem Pressedienst den russischen Botschafter für den 20. März einbestellt.

Wie die Behörde am Montag mitteilte, ist diese Maßnahme mit der Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und der Erklärung der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, verbunden.

Sacharowa hatte zuvor erklärt, dass das bei dem Anschlag gegen Skripal verwendete Nervengift "Nowitschok" aus Schweden, Tschechien oder der Slowakei stammen könnte...